

St. Gallen, 24. März 2014, Jahresanlass der UBS Ostschweiz

Rettet unsere freie Wirtschaftsordnung¹

Andrea Caroni

Sehr geehrte Damen und Herren

Als mich die UBS einlud, stellten sich mir zwei Fragen: **Wie, um alles in der Welt, kommt die UBS Ostschweiz auf mich als Redner? Und was sind das wohl für Leute, vor denen ich referieren sollte?**

Zuerst zu Ihnen, liebes Publikum: Ich habe also bei Herrn Simonet nachgefragt, ob dies ein Kundenanlass sei. Das war für die UBS eine diffizile Anfrage. Denn wenn sie ja einen Anlass als Kundenanlass bezeichnet, sieht Kunde A den Kunden B, und beide wissen voneinander, dass sie UBS-Kontoinhaber sind. Und wenn das nun wie hier 1000 Leute an einem einzigen Abend in einer einzigen Halle voneinander wüssten, dann hätten wir ihn, den automatischen Informationsaustausch im Inland! Breiten wir also sofort den Mantel des Bankkundengeheimnisses über die Frage.

Nun zu mir: Ich habe **nicht** nachgefragt, wie die UBS auf mich als Referenten kam, sondern Mutmassungen angestellt:

Es könnte an meiner **familiären Vorbelastung** liegen. Ein Urgrossvater väterlicherseits, Nonno Battista, war nämlich Vizedirektor der Filiale Locarno der UBS-Vorgängerin SBG. Sein Chef war Paul Jaberg, der nach einer Banklehre und einigen Auslandjahren eine rasante Karriere bei der SBG hingelegt hatte und Mitte des letzten Jahrhunderts zwölf Jahre lang sogar ihr Präsident war. Die gesammelten Reden von Paul Jaberg finden sich in diesem Buch. Warum ich das besitze? Nun, Paul Jaberg ist – der Zufall will es – mein anderer Urgrossvater väterlicherseits.

¹ Die Rede wurde auf Schweizerdeutsch gehalten. Es gilt das gesprochene Wort.

Übrigens: Paul Jaberg hat auch die Anforderungen an Bankdirektoren wie Anton Simonet definiert. Vor 75 Jahren hat er geschrieben, ich zitiere:

„Der perfekte Bankleiter sollte eigentlich die Synthese sein von Betriebstechniker und Organisator, Volkswirt und Jurist, Psychologe, Philosoph und Diplomat; dazu sollte er möglichst viele Sprachen beherrschen, wenig Schlaf benötigen, einen guten Magen und keine Nerven haben, Land und Leute kennen und sich unfehlbar als Orakel betätigen können.“ Haben Sie sich wieder erkannt, Herr Simonet?

Zurück zu meinen Mutmassungen zum Grund, mich als Referent einzuladen. Das könnte auch mit meinen **eigenen ersten Schritten auf dem Finanzparkett** zu tun haben. Zu meiner Geburt im April 1980 schenkte mir die Filiale Heiden der Ausserrhoder Kantonalbank ein Konto mit 20 Franken. Ein englisches Sprichwort sagt, dass die Hand, welche die Wiege schaukelt, die Welt beherrschen wird. Nun, die Ausserrhoder Kantonalbank hat meine Wiege geschaukelt, ging aber 1997 trotzdem unter. Am Zins, den sie mir bezahlte, kann es nicht gelegen haben. Die ARKB wurde dann – Sie haben es erraten - von der UBS übernommen.

Als vor vier Wochen meine Tochter zur Welt kam, habe ich ihr raffiniertweise nicht ein Konto, sondern gleich drei UBS-Konti eröffnet – das gab gleich dreimal Fr. 20. — als Grundstock. Dazu gab es auch diese Topsy-Fuchs-Spardose, ich komme auf sie zurück. Und gleichzeitig haben wir uns damit für die Zeit zwischen 2-4 Uhr nachts auch das UBS-Motto nach Hause geholt: „Wir werden nicht ruhen“.²

Doch zurück zum Thema: Die Einladung könnte schliesslich auch mit meiner politischen Arbeit in Bundesbern in Verbindung stehen: Ich wurde 2008 **persönlicher Mitarbeiter** von Bundesrat Hans-Rudolf Merz und hatte die Chance, die Finanzkrise an vorderster Regierungsfront mitzerleben. Dabei war ich für viele wirtschaftspolitische Themen zuständig. Nicht zuständig war ich einzig für die Thematik rund um den Import von Bündnerfleisch.

² Nachtrag: Die Einladung könnte natürlich auch mit dem **Monopoly** zusammenhängen, das ich als 12-Jähriger bekam. Nachdem ich dreimal in Folge gewonnen hatte, wollte ich Bankier (und nicht Banker) werden. Später entdeckte ich eine Spielkarte, die wohl mangels Realitätsbezug längstens ersetzt werden müsste, nämlich: „Die Bank hat sich zu deinen Gunsten geirrt. Rücke vor auf den Start und kassiere Fr. 4'000.-.“ Auch mal ersetzen könnte man die Ostschweiz-feindlichen Liegenschaften im Monopoly. Meine parlamentarische Gruppe Ostschweiz kämpft dafür, dass wir den Paradeplatz als Top-Spott ablösen – durch die OLMA-Hallen.

Vor wenigen Tagen erhielt ich in meinem dritten Jahr im Nationalrat die Chance, in der **Kommission für Wirtschaft und Abgaben** Einsitz zu nehmen. Dies wird möglicherweise die UBS Ostschweiz für die Einladung bewogen haben. Auf jeden Fall werden mich die Themen rund um unseren Finanzplatz und natürlich auch um die UBS so schnell nicht verlassen.

1. Übersicht

Für meine Rede erhielt ich von der UBS eine Carte Blanche. So entschied ich mich – quasi als erste Amtshandlung als liberales Mitglied dieser Wirtschaftskommission – für den Aufruf: „**Rettet unsere freie Wirtschaftsordnung**“.

Retten kann man nur, was man hat. Sonst ist es ja schon verloren. Und retten soll man nur **Wertvolles**. Ich möchte Ihnen also nachfolgend als erstes kurz skizzieren, welchen Schatz wir an der Freiheit generell und insbesondere an der freien Wirtschaftsordnung haben.

Aber retten muss man auch nur, was in **Gefahr** ist. Als zweites zeichne ich Ihnen daher die Bedrohungen unserer wirtschaftlichen Freiheit auf.

Retten kann man schliesslich nur mit den **richtigen Mitteln**. Als dritten und letzten Punkt möchte ich Ihnen daher aufzeigen, mit welchen Mitteln wir unseren Schatz der wirtschaftlichen Freiheit bewahren und Bedrohungen abwenden können.

2. Vom Wert der Freiheit und der freien Wirtschaftsordnung

Was haben wir denn Wertvolles in der Schweiz, das man allenfalls retten kann – oder muss? Unsere wertvollsten Schätze haben wir nicht aus dem Boden – die Schweiz verfügt bekanntlich kaum über Rohstoffe. Und wenn wir doch mal welche aufspüren – z.B. etwas Erdwärme wie hier in St. Gallen – dann schüttelt uns das gleich ziemlich durch.

Es ist klar: Der schweizerische Wohlstand hat seine Wurzeln in der seit Mitte des 19. Jahrhunderts gepflegten freien Marktwirtschaft, die Hand in Hand mit einer freien Gesellschaftsordnung geht.

Die Schweiz zeichnet sich durch eine enorme Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger aus. Bei uns ist jeder Mensch weitgehend Autor seiner eigenen Biographie. Jeder von uns entscheidet selber, wie er sein **Privatleben** gestaltet, z.B. wie er sich kleidet, was er isst, trinkt oder raucht, welcher Religion er angehört oder mit wem er zusammenlebt

Dasselbe gilt fürs **Wirtschaftsleben**, auf das ich mich im Folgenden konzentrieren werde: Wir entscheiden selber, welchen Beruf wir erlernen möchten, zu welchen Bedingungen wir für wen arbeiten und wieviel wir konsumieren oder doch lieber sparen wollen.

Diese Freiheiten **charakterisieren** unsere Wirtschaftsordnung. Jeder soll auf seine Art nach seinem Glück streben können und die Früchte seines Fleisses und Mutes ernten. Das Gegenstück ist die Verantwortung: Man darf niemanden schädigen ausser sich selbst, und so, wie man den Erfolg feiert, so hat man auch den Misserfolg zu tragen. Es ist also weder ein Diktator noch aristokratischer Klüngel oder eine Zunftgesellschaft noch ein planwirtschaftlicher Zentralstaat, der sagt, wo es langgeht, sondern jeder einzelne: Die Wirtschaft sind wir alle.

Natürlich funktioniert auch eine freiheitliche Wirtschaft nicht ohne Spielregeln. Dafür braucht es einen **starken, aber schlanken Staat**: Dieser garantiert Eigentumsrechte und schützt Verträge, spannt ein soziales Auffangnetz, schafft Chancengleichheit in der Bildung und sorgt für die notwendige öffentliche Infrastruktur und Sicherheit.

Doch dort, wo wir den Staat brauchen, da regeln wir ihn seit jeher **föderalistisch**, also von unten her. Und in langer Tradition regeln wir ihn auch **demokratisch**, also möglichst stark durch die Rechtsunterworfenen selber legitimiert.

Unsere Freiheiten bringen **Wohlstand**. Das stimmt in Theorie und Praxis. In der Theorie ermöglicht Freiheit die bestmögliche Entfaltung der Kräfte jedes einzelnen, was zu Innovation, Risikobereitschaft und Fleiss anstachelt. Und auch in der Praxis gehen Freiheit und Wohlstand Hand in Hand. So geniessen wir in der Schweiz

anhaltendes Pro-Kopf-Wachstum und nahezu Vollbeschäftigung. Die Schweiz ist eines von sehr wenigen westlichen Ländern, die auch in den jüngsten Krisenjahre eine starke Konjunktur aufwiesen und gleichzeitig die Staatsfinanzen einigermaßen im Griff hatten. Wohlstand ist aber kein Selbstzweck, sondern ermöglicht ein besseres Leben. Um uns ist es gut bestellt: Gemäss einer OECD-Studie sind wir mit 7.8 von 10 Punkten das glücklichste Volk der Welt.

3. Gefahren für die freie Wirtschaftsordnung

Eine freiheitliche Wirtschaft ist jedoch leider kein gottgegebener Dauerzustand. Der freien Wirtschaftsordnung drohen vielfältige Gefahren, sie muss ständig neu erkämpft werden.

a) Regulierung und Bürokratisierung

Die erste Gefahr droht durch **Regulierung und Bürokratisierung**.

Natürlich braucht es – wie erwähnt – staatliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Der Staat muss Eigentum garantieren und Verträge schützen, Kartelle und unlauteren Wettbewerb bekämpfen und für öffentliche Infrastruktur und Sicherheit sorgen. Er muss grundsätzlich dafür schauen, dass niemand seine Freiheit auf Kosten anderer auslebt. So vertrauen wir alle unser Ersparnis nur darum der Bank an, weil unsere Rechtsordnung uns schützt, wenn Bankdirektor Simonet mit der Kasse durchbrennen wollte.

Das Problem ist nur, dass sich die Staats-Geister, die man ruft, plötzlich selbständig machen. Wie vom Teufel geritten ersinnen sie fortwährend neue Regeln, mit denen sie die Wirtschaftsteilnehmer drangsalieren und mit denen sie das Wirtschaftsleben vereinheitlichen statt die Vielfalt zu schützen. Und sie schaffen zur Überwachung von alledem bisweilen monströse bürokratische Apparate.

Ein kurzer Blick auf einen ganz **normalen Tagesablauf** macht dies augenfällig. Beim Frühstück essen wir importierte Lebensmittel, die für den Schweizer Markt

extra verzollt und umgepackt werden mussten. Wir verwenden zum Duschen nur behördlich geprüfte Mittel, fahren durch die neue 30er-Zone samt Bodenschwellen zur Arbeit, nachdem wir zuvor unser Kind in eine Krippe gebracht haben, die dank übertriebener bau- und gesundheitsrechtlicher Auflagen kaum bezahlbar ist. Am Arbeitsplatz füllen sodann Reglemente und Vorschriften Ordner. Und wenn wir auf dem Heimweg noch einkaufen wollen, ist das Geschäft schon geschlossen, weil die Ladenöffnungszeit abgelaufen ist.

Was uns als Private trifft, gilt für **Unternehmen** noch ausgeprägter. Ein Beispiel gefällig? Das grösste schweizerische Bürokratiemonster ist die Mehrwertsteuer. Der administrative Aufwand für die Unternehmen ist gewaltig – sie tragen jährlich eine Last von 1.76 Milliarden Franken. Kein Wunder, denn das heutige komplexe Mehrwertsteuersystem basiert auf drei Sätzen und 29 Ausnahmen, festgehalten auf 2000 Seiten Rechtstexten. Ein Einheitssatz würde das System vereinfachen und die Unternehmen massiv entlasten. Aber jeder findet, seine Ausnahme müsse beibehalten bleiben – zu viele Lobbys sind des Hasen Tod.

Auch die **Finanzbranche** bleibt nicht von Überregulierung verschont: Den Banken werden immer neue Pflichten aufgebürdet um sicherzustellen, dass sich ja keine zwielichtige Gestalt unter ihren Kunden tummelt – neuerdings sollen sogar Schweizer Politiker unter Generalverdacht gestellt werden. Für ein neues Gesetz, das „Fidleg“, sind so hohe bürokratische Anforderungen für Bankberatungsgespräche vorgesehen, dass die UBS pro Kundenberater neu noch zwei Protokollführer einstellen muss.

Das Bürokratie-Monster frisst sich immer mehr in die wirtschaftliche Freiheit hinein. Die Position der Schweiz als Top-Wirtschaftsstandort ist ernsthaft in Gefahr. Das zeigt zum Beispiel das „Doing Business“-Ranking 2014 der Weltbank, wo die Schweiz auf Platz 29 von total 189 liegt. Ein Jahrzehnt zuvor lag sie noch 18 Ränge weiter vorne auf Platz 11.

Viele der Regeln sind natürlich wertvoll. Einige aber sind nur gut gemeint, und das ist oft das Gegenteil von gut. Ganz allgemein gesprochen ist es gefährlich, wenn der Staat sich anmasst, seine Bürger zu verdächtigen, dass sie entweder dumme Opfer sind, die man bevormunden, oder aber potentielle Gangster, die man aus dem

Verkehr ziehen muss. Die meisten von uns sind nämlich weder noch, sondern Menschen, die im Allgemeinen wissen, was sie tun und aus ihren Fehlern eigenverantwortlich lernen können, wenn man sie nur lässt.

b) Zentralisierung

Eine zweite Gefahr liegt in der Tendenz zur **Zentralisierung**.

Föderalismus und Subsidiarität sind tragende Säulen unserer freiheitlichen Ordnung. Dank ihnen werden staatliche Aufgaben eigenverantwortlich und selbstbestimmt auf der tiefst möglichen Stufe erledigt: Was eine Gemeinde selber erledigen kann, erledigt sie selber. Genauso verhält es sich mit den Kantonen gegenüber dem Bund. So sind es die Betroffenen – und die Zahler – selber, welche die Entscheide treffen.

Ein weiterer Vorteil des Föderalismus liegt im Wettbewerb zwischen den Kantonen. Die Kantone haben dadurch den Anreiz, experimentierfreudig zu sein und dadurch Standortvorteile zu schaffen. Im Wettbewerb der besten Systeme entsteht Innovation. Und damit werden die für die Wirtschaft notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen, um sich frei entfalten zu können.

Doch **Föderalismus und Subsidiarität sind im Gegenwind**: Am Zentrum hängt, zum Zentrum drängt doch alles. Allen voran sind wir nationalen Politiker schuld – zu viele von uns ignorieren diese Grundprinzipien laufend und rufen nach Bundeslösungen. Das hat seinen Grund: Ein föderalistischer Bundespolitiker muss sich regelmässig als unzuständig erklären, was nicht gerade eine typische Politikerstärke ist. Auch delegieren kantonale Politiker ihre Sorgen gerne nach Bern.

Diese schleichende und zunehmende Zentralisierung ist **Gift für unsere freiheitliche Ordnung**: Wo nämlich der Bund entscheidet, entscheiden die Gemeinden und Kantone nicht mehr für sich selbst. Damit gehen Inseln der Freiheit verloren. Ein mir nahestehendes Beispiel: Wenn der Bund alle Heilmittel regelt – ist dann die liberale Ausserrhoder Naturheiltradition noch möglich?

c) Steuerlast und Sozialstaat

Eine dritte Gefahr droht durch die **Steuerlast und falsch verstandene Solidarität**.

Der freie Markt belohnt die Leistungswilligen. Nicht alle aber *können* leisten. Ich stehe daher ein für einen **Sozialstaat**, der all jenen hilft, die unverschuldet in Not geraten sind und der ihnen ermöglicht, wieder auf die Beine zu kommen.

Gewisse politische Kreise aber wollen diesen Sozialstaat **bis zum Gehnichts mehr aufblähen**, was ihnen teilweise schon gelungen ist. Ihr Schlagwort heisst Solidarität. Solidarität meint ja eigentlich freiwillige zwischenmenschliche Anteilnahme und Hilfe, wie man sie in der Familie oder unter Nachbarn und im Verein pflegt. Das politische Schlagwort aber dient einem zwangsweisen Umverteilungsapparat. Bereits heute zieht der Staat mit Steuern und Abgaben die Hälfte unseres Einkommens ein, und davon verteilt er wiederum die Hälfte über Transfers zurück.

Der Steuerbezug erfolgt vor allem via **progressive Steuern**. Bekanntlich zahlt die Hälfte der Haushalte keine direkte Bundessteuer. Jene, die sparen, müssen dafür noch die Zinsen versteuern. Daraufhin lauert noch die Vermögenssteuer – weltweit nahezu ein Unikum. Und wenn wir nicht aufpassen, wird dasselbe Geld noch ein viertes Mal versteuert, nämlich wenn wir zulassen, dass der Fiskus mittels Erbschaftssteuern uns bis ins Grab greift.

Auch Unternehmen ächzen unter gewissen Steuern, von denen manche wahre Investitionshürden sind. Zum Beispiel die Stempelsteuer: Hier kennt die Schweiz nicht nur eine Umsatzabgabe auf Wertpapiere, sondern auch eine Emissionsabgabe, wenn ein Unternehmen das Eigenkapital vergrössern will. Dadurch sind unsere Schweizer Unternehmen gegenüber den internationalen Playern benachteiligt. Viele Dividendenzahlungen sind immer noch doppelbelastet. Man könnte sich ja mal grundlegend fragen, warum Unternehmen überhaupt Steuern zahlen sollen – denn am Ende tragen diese Steuern ohnehin die Eigentümer, Angestellten und Konsumenten.

Nebst den Steuern lauern auch die **Sozialversicherungsbeiträge**. AHV- oder ALV-Beiträge sind ab einer gewissen Höhe auch reine Steuern, weil der Versicherungsschutz plafoniert ist. Wer Steuern und Abgaben zusammenrechnet, sieht: Wir sind kein „Steuerparadies“, wie alle meinen. In vielen Gemeinden zahlt man summa summarum gleich viele Steuern wie in europäischen Hochsteuerländern.

Nebst den Einnahmen des Sozialstaats – nebst den progressiven Steuern und Abgaben – gilt es auch die **Ausgaben als Gefahr** zu betrachten. Sie sind alles andere als gezielt. Gezielt wären Sie, wenn Sie unverschuldet Bedürftigen die nötigen Mittel gäben. Viele „soziale“ Massnahmen erreichen aber gar nicht die Bedürftigen. So nützen beispielsweise Kinderabzüge armen Familien gar nichts, weil sie ja kaum Steuern zahlen. Oder es werden intransparente und diffuse Rabatte wie verbilligtes Wohnen, verbilligte Krippen oder verbilligter ÖV gewährt. Das ist nicht nur eine Bevormundung, sondern oft auch eine Verschwendung, da die Falschen profitieren. Erst kürzlich stellte zum Beispiel die Stadt Bern fest, dass über die Hälfte der Nutzniesser verbilligter Wohnungen wohlhabend sind. Sinnvolle Solidarität hiesse, den wirklich Bedürftigen Mittel *zur freien Verfügung* zu geben. Das ist transparent, unbürokratisch und vor allem freiheitlich und würdig.

Solidarität ist übrigens auch **keine Einbahnstrasse**. Solidarisch ist auch, wer anderen nach Möglichkeit nicht zur Last fällt. Denn Solidarität ist gedacht für Menschen in unverschuldeter Not – und kein Ruhekitz für solche, die sich gerne auf Kosten anderer zurücklehnen. Den Missbrauch von Solidarität haben letztlich jene zu berappen, deren Freiheit so eingeschränkt wird.

d) Staatliches Wirtschaften

Eine besondere Gefahr für eine freie Wirtschaftsordnung liegt sodann darin, dass der **Staat vielerorts selber wirtschaftet** – aber mit längeren Spiesen als die Privaten.

Der Staat ist auf allen Ebenen wirtschaftlich aktiv und behält sich als Monopolist zu viele Tätigkeiten vor, welche Sache der privaten Anbieter sein sollten. Ausserdem missbrauchen staatliche Unternehmen ihre Vorteile als Eigentümer und/oder Monopolist, indem sie daraus offen oder verdeckt auch Bereiche quersubventionieren, in denen sie als unfaire Konkurrenz gegenüber privaten Anbietern auftreten. Beispiele sind: öffentliche Stromversorger, die sich als Dachdecker, Sanitärinstallateure und Elektriker betätigen; einzelne Gebäudeversicherungsunternehmen mit staatlichem Monopolschutz, die auch Privatversicherungen anbieten; kantonale IT-Anbieter, welche in Konkurrenz zu privaten Unternehmen Informationsdienste auf dem Markt erbringen.

Man muss sich ja nur schon fragen, warum die Teilmonopolistin Post unbedingt Hefli und Schoggistängeli verkaufen muss – Oder wie Polo Hofer sagen würde: Gibt es da draussen im freien Markt „gopfriedstutz kån Kiosk“?

Ich habe den Bundesrat mit einem Postulat um einen Bericht gebeten, beim staatlichen Wirtschaften Massnahmen zur Mässigung aufzuzeigen. Er hatte dazu leider **keine Lust**. In der Tat sind ja viele unserer Staatsunternehmen in der öffentlichen Wahrnehmung heilige Kühe. Von ihrer Gefährlichkeit für den freien Wettbewerb sollte man sie allerdings eher als wilde Stiere bezeichnen.

Ein verwandtes Problem ist die **Subventions- oder gar Planwirtschaft**, wie man sie teilweise im Gesundheits- und Energiewesen oder in der Landwirtschaft beobachtet und die vielfach den Wettbewerb verzerrt und vielen Wirtschaftsteilnehmern das Leben schwer macht. Auch hier wollte der Bundesrat leider nichts von einem andern Postulat von mir wissen, wonach er wenigstens volle Transparenz über die vorhandenen Subventionen hätte schaffen sollen.

e) Staatsverschuldung

Die letzte Gefahr, die ich kurz beschreibe, ist eine indirekte, aber nicht minder gefährliche: **marode öffentliche Finanzen**.

Da ist zum einen der **Staatshaushalt** des Bundes. Dank der Schuldenbremse steht unser Haushalt noch relativ gut da – wir konnten sogar Schulden abbauen. Aber wer alle Wünsche zusammenzählt, die sich in Bern zusammenbrauen, ahnt Übles: Die hängigen CVP-Familieninitiativen kosten; die zweite Gotthardröhre kostet; die Unternehmenssteuerreform III kostet; die Landwirtschaft fordert mehr Geld; die Entwicklungshilfe klopft mit dem gleichen Anliegen an die Tresortür.

Auf der andern Seite ist es unmöglich, auch nur das geringste Sparpaket zu schnüren, weil es den einen zu weit und den andern zu wenig weit geht. Dabei lernt jedes Kind, dass man jeden Franken nur einmal ausgeben kann – wir üben das zurzeit zu Hause bereits mit diesem lustigen Sparfuchs .

Schlimmer stehen aber die **Sozialversicherungen** da: Die Pensionskassen verteilen bereits jedes Jahr Milliarden von Jung zu Alt um, und die AHV marschiert auf den Abgrund zu – von der überschuldeten Invalidenversicherung und Arbeitslosenversicherung nicht zu sprechen.

Das alles ist eine riesige Gefahr für den nationalen Zusammenhalt – aber auch für die wirtschaftliche Freiheit, denn: **Schulden von heute sind die Steuern von morgen**. Und hohe Steuern – nur schon ihre Drohung – sind Gift für Unternehmen wie Private. Dasselbe gilt übrigens für die unwägbareren Gefahren, die mit den weltweit locker ratternden Notenpressen einhergehen – langfristig droht kalte Enteignung durch Inflation. Ich gehe immerhin davon aus, dass unsere Nationalbank hier auf der richtigen Seite der Geschichte steht.

f) **Verursacher der Gefahren**

Unsere freie, liberale Wirtschaftsordnung ist also, wie ich Ihnen eben dargestellt habe, durch vielfältige Gefahren bedroht. Diese Gefahren haben **verschiedene Verursacher**:

- Da sind **Interessengruppen**, die versuchen, den Wettbewerb und Marktmechanismen zu ihren Gunsten zu verzerren. Sie probieren, die Politik für ihre Sonderinteressen zu gewinnen.

- Da sind die **politischen Robin Hoods**, also Sozialisten und Gewerkschaften, die es bevorzugen, den Kuchen zu verteilen, statt ihn zu vergrößern. Und das zum zumindest kurzfristigen Gefallen ihrer Klientel.
- Da sind **Personen in Verwaltung und Politik**, die einer technokratischen Machbarkeitsillusion verfallen und für die jedes gesellschaftliche Problem nach einer Antwort der Politik schreit.

4. Wege zur Rettung der freien Wirtschaftsordnung

Wenn wir uns nun hier zum Schluss die Frage stellen, wie wir die freiheitliche Wirtschaftsordnung von ihren Gefahren erretten können, so könnte eine oberflächliche Antwort lauten: Wehrt euch in den gewählten Behörden und an der Urne gegen all die erwähnten Gefahren (Überregulierung, Zentralisierung, Abgabenlast und Umverteilung, Staatswirtschaft und Staatsverschuldung)!

Damit wären auch die genannten Verursacher (Interessenvertreter, Robin Hoods, Bürokraten) ausgeschaltet, denn dank unserer direkten Demokratie könnten liberal Denkende ja einfach die Bevölkerung zu Hilfe rufen und diese Akteure mittels Volksrechten überstimmen.

Hier liegt aber genau die **wahre Quelle der Gefahr** für die Wirtschaftsfreiheit. Es ist ein wachsender Teil der Bevölkerung selbst, der Unbehagen verspürt gegenüber der Idee der Freiheit. *Da* müssen die Rettungskräfte der freien Wirtschaftsordnung ansetzen.

- Erstens ist das **Misstrauen der Bevölkerung** gegenüber dem Funktionieren des freien Marktes gewachsen. Die Finanzkrise, aber auch Lohnexzesse einzelner Topmanager oder staatlichen Krücken namentlich für die UBS haben viel Vertrauen gekostet

Um dieses Vertrauen wiederherzustellen, bedurfte es gewiss einiger neuer **Regeln**. Es bedarf aber vor allem der **Aufklärung, dass oftmals**

Staatsversagen vorliegt, wenn alle von Marktversagen sprechen – die Finanzkrise z.B. hätte es ohne die staatliche Eigenheimförderung in den USA oder die Geldschwemmen in Notenbanken kaum gegeben. Sodann braucht es zur Vertrauensbildung auch **glaubwürdige Wirtschaftsvertreter**, die vor die Bürger hinstehen, den Graben zwischen Wirtschaft und Gesellschaft überbrücken und die verständlich machen können: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut, denn die Wirtschaft sind wir alle“. Wertvoll und zweckmässig wäre schliesslich auch, wenn wirtschaftliche Zusammenhänge schon in der Schule gelehrt würden – und anders als im **Lehrplan 21** vorgesehen nur ein paar naive Aussagen zum bösen Konsum gemacht würden. Besser, man würde „Topsy“ verteilen und z.B. aufzeigen, wie aus Ersparnissen Investitionen und Fortschritt entstehen.

- In der Bevölkerung gibt es zweitens die mit dem Wohlstand und der Globalisierung eigentlich paradoxerweise verbundenen **Abstiegsängste**. Wem es gut geht, der hat etwas zu verlieren. So rufen ausgerechnet die Menschen der Globalisierungsgewinnerin Schweiz vermehrt nach Sicherheit und klammern sich an den Status Quo. Daraus resultieren isolationistische Reaktionen wie das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative ebenso wie der Wunsch nach staatlicher Lohngarantie wie bei der Mindestlohn-Initiative.

Auch hier bedarf es der **Aufklärung**, nämlich dass Wohlstand nichts Statisches ist. Zwar schafft Freiheit auch Unsicherheit. Aber wir alle ernten heute die Früchte, die auf ihrem fruchtbaren Boden wuchsen: Ohne Freiheit gibt es keinen Fortschritt. Das müssen wir uns in Erinnerung rufen.

In einem Bild: Angenommen, diese Halle wäre unsere Gesellschaft. Uns behagen der Sauerstoffgehalt, der Geruch, die Temperatur. Nun haben wir zwei Optionen: Entweder, wir öffnen regelmässig Türen und Fenster. Zwar kommen dann ev. fremde Gerüche hinein, und ab und zu ein Windstoss, der etwas durcheinander bringt. Aber langfristig haben wir so immer frische Luft, übersetzt: Wohlstand und Wachstum. Die andere Option ist es, den Status Quo zu bewahren und den Raum abzuschotten. Für eine Weile haben wir

dann genau unsere angewöhnte Lufteigenschaften. Aber wenn wir das all zu lange so bewahren wollen, werden wir eines Tages alle ersticken.

- Drittens ruft die Bevölkerung nebst mehr Absicherung auch nach zunehmend mehr **Gleichheit**. Diese „Gleichheit der Resultate“ steht aber im Widerspruch zur liberalen Gleichheit der Chancen und Freiheit der Lebensgestaltung.

Angenommen, Sie sind am Jassen und machen einen Stich. Im Sozialismus nimmt der Staat die vier Karten weg und gibt jedem Spieler eine davon zurück. Im Liberalismus aber gehört der Stich Ihnen. Der Staat interessiert sich nur dafür, dass es klare Jassregeln gibt, jeder die Chance auf gute Karten hat, die Spielfläche eben ist und Schummler entdeckt werden.

Hier müssen wir den Menschen aufzeigen, dass in einer freiheitlichen Ordnung nicht nur der Kuchen grösser wird, den der Sozialstaat ja verteilen will. Es gilt auch zu zeigen, dass gerade freiheitliche Gesellschaften – ganz ohne Zwang – auch Gleichheit schaffen. Es ist doch eindrücklich: Ausgerechnet die Schweiz hat eine äusserst stabile und hohe Gleichheit der Einkommen, während die Staaten mit der höchsten Ungleichheit jene sind, in denen eine politische Clique das Leben der andern bestimmt. Schauen Sie einmal nach Venezuela, Nordkorea oder Simbabwe.

- Viertens und letztens scheint der Sex **Appeal der Freiheit allgemein verblasst** zu sein. Das finde ich das Schlimmste: Dass wir die Freiheit nicht mehr schätzen und als selbstverständlich erachten. Freiheit ist wie die Luft zum Atmen. Sie ist lebensnotwendig. Aber solange sie da ist, nehmen wir sie oft nicht wahr.

Seit Menschengedenken kämpfen unzählige Völker für eine freiere Lebensgestaltung (schon wir Appenzeller gaben ja dem St. Galler Abt aufs Dach), und täglich sterben Menschen im Kampf für die Freiheit. Vielen Menschen bedeutet sie alles. Lassen wir uns inspirieren von, einer jungen Ägypterin namens Dahab Hamdi, die nach einem Protest gegen das Regime

inhaftiert wurde und ihr Kind im Gefängnis gebären musste. Sie hat ihre Tochter Horreja – Freiheit – genannt.

Dieser Kampf für die Freiheit – natürlich mit friedlichen Mitteln – ist auch weiterzuführen, wenn die Tyrannen, Aristokraten oder Zünfte einmal gestürzt sind. Er ist auch bei uns weiterzuführen, denn auch ein demokratischer Rechtsstaat schränkt sie laufend ein.

Freiheit ist zwar anspruchsvoll, denn sie gibt keine Richtung vor, legt nicht ihre schützende Hand um uns, wiegt uns nicht in Sicherheit. Vielmehr verlangt sie nach eigenen Ideen, nach Mut und Risikobereitschaft und sogar nach der Bereitschaft, Rückschläge einzustecken. **Doch Freiheit lohnt sich**. Weil sie jedem die Feder in die Hand gibt, Autor seiner eigenen Biographie zu sein. Und weil es keinem Aussenstehenden zusteht, diese Biographie für uns zu schreiben, weil nämlich niemand unsere Träume und unsere Fähigkeiten so gut kennt, wie wir selber.

Ich schliesse meinen Aufruf wie ich ihn begonnen habe: Mit einem Zitat von alt SGB-Präsident und meinem Urgrossvater **Paul Jaberg**, der wie ich Optimist ist bzw. war. Er schrieb 1949, ich zitiere:

„So hoffe und glaube ich, dass wir uns trotz allem auf gutem Wege befinden und dass, wenn die berufenen Vertreter der freien Wirtschaft, in voller Erkennung auch ihrer Pflichten gegenüber Staat und Volk, ihren Standpunkt kraftvoll vertreten, der Ausgang nicht zweifelhaft sein kann. Nicht das einseitige, selbstsüchtige Gewinnstreben darf dabei im Vordergrund stehen, sondern der unbeugsame Wille, dem Lande zu dienen und dem freien Bürger seine Freiheit zu erhalten.“